

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heuseallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 pppn d

Inhalt

33. Jahrgang / 144

31. Juli 1978

Helmut Schmidt, Bundeskanzler, würdigt die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des Kabinetts.

Seite 1-3

Egon Franke, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, zieht eine positive Zwischenbilanz der Deutschlandpolitik.

Seite 4/5

Peter Conradi MdB sieht in der aufgedeckten Schüler-"Beschrüffelung" eine gefährliche anti-liberale Tendenz.

Seite 6

Steuererleichterungen und Leistungsverbesserungen für Bürger und Wirtschaft

Kabinettsbeschlüsse sind in sich ausgewogen

Von Helmut Schmidt MdB
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

14 Tage nach dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel zeigen die Beschlüsse der Bundesregierung ihren festen Willen, den zugesagten Beitrag unseres Landes zur Abwehr der weltweiten Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts umgehend in die Tat umzusetzen. Auf dem Gipfel haben sich die Staats- und Regierungschefs der führenden westlichen Industrienationen zu einer weltweiten Strategie konkreter zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, zur Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. zu zusätzlichen Anstrengungen bei der Inflationsbekämpfung verpflichtet. Das gilt auch für die Einsparung von Energie, die Stabilisierung der Weltwährungsbeziehungen, das Freihalten des Welthandels von Protektionismus wie für den Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer.

Von besonderer Bedeutung ist die Zusage Präsident Carters, durch Energie-, insbesondere Öleinsparmaßnahmen und Erhöhung der inneramerikanischen Ölpreise auf das Weltmarktniveau die Erdöleinfuhren einzuschränken. Das wird erheblich zur Stabilisierung der Währungsbeziehungen beitragen. Wesentlich sind auch die Zusage Japans, seinen Markt stärker zu öffnen, sowie die Zusagen des US-Präsidenten und des kanadischen Premierministers, zuverlässige Lieferanten von Kernbrennstoff zu sein.

Die Bundesregierung hat angekündigt, den gesetzgebenden Körperschaften bis Ende August zusätzliche, quantitativ substantielle Maßnahmen um bis zu 1 Prozent des Brutto-sozialproduktes vorzuschlagen, um eine erhebliche Stärkung

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und eine höhere Wachstumsrate zu erreichen.

Das haben wir jetzt angepackt. Die Bundesregierung, die Koalitionspartner SPD und FPD, haben ein Paket von Steuererleichterungen und Leistungsverbesserungen zur Stärkung der Kaufkraft der Bürger sowie der Investitionskraft der Wirtschaft in Höhe von rund 15 Milliarden DM schon für 1979 beschlossen. Es handelt sich um dauerhafte Maßnahmen. Dafür muß der Staat mehr Kredite aufnehmen. Um den Finanzierungsspielraum am Kapitalmarkt nicht zu überschreiten - hier haben wir uns insbesondere des Rates des Bundesbankpräsidenten bedienen können -, soll die Mehrwertsteuer ab Mitte 1979 um einen Prozentpunkt erhöht werden. Unter dem Strich bleiben mehr als 12 Milliarden DM übrig. Das ist etwas unter 1 Prozent des Bruttosozialproduktes. Wir schöpfen den Spielraum, den wir unter dem Gesichtspunkt des Kapitalmarktes und der Vermeidung inflatorischer Impulse haben, voll aus.

Das Paket gliedert sich in die Abschnitte Einkommen- und Lohnsteuer, Familien- und Sozialpolitik, insbesondere Kindergeld, Gewerbesteuer sowie Innovation der Wirtschaftsstruktur.

Bei der Einkommen- und Lohnsteuer wird der häßliche Tarifsprung beseitigt, der Einkommenserhöhungen bisher stark minderte. Zusammen mit dem erhöhten Grundfreibetrag, der alle gleichmäßig entlastet, und weiteren Verbesserungen verzichtet der Staat künftig auf fast 11 Milliarden DM an Lohn- und Einkommensteuer pro Jahr.

Unsere Beschlüsse kommen besonders den kinderreichen Familien zugute. Das Kindergeld wird ab 1. Januar 1979 für das dritte und für jedes weitere Kind um 45 DM auf 195 DM im Monat erhöht. Für das zweite Kind soll es ab 1. Januar 1980 20 DM im Monat mehr geben. Dann verfügt eine Familie mit drei Kindern monatlich über 345 DM Kindergeld.

Ein Stück vernünftiger Reformpolitik: Der Mutterschaftsurlaub wird ab 1. Juli 1979 verlängert. Dann können sich erwerbstätige Mütter in den ersten sechs Monaten nach der Geburt ausschließlich ihrem Kind widmen, ehe sie wieder an ihren alten Arbeitsplatz zurückgehen. In der Zeit des zusätzlichen Mutterschaftsurlaubs erhält jede Mutter bis zu 750 DM im Monat. Die Kosten trägt der Staat.

Eine sozialpolitische Leistung, die zugleich arbeitsmarktpolitische Bedeutung hat, ist die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte ab 1. Januar 1979 vom 62. auf das 61. Lebensjahr und ab 1. Januar 1980 vom 61. auf das 60. Lebensjahr.

Ein weiterer besonders wichtiger Punkt: der für 1980 beabsichtigte Fortfall der Lohnsummensteuer, die vor allem die lohnintensiven Betriebe - das sind zumeist die kleinen und mittleren - trifft und die von vielen eine Steuer zur Verhinderung von Arbeitsplätzen genannt wird. Zusammen mit weiteren Erleichterungen bei der Gewerbesteuer soll der Staat auf rund drei Milliarden DM jährlich verzichten. Bis dahin müssen wir aber einen Ausgleich für solche Gemeinden schaffen, für die die Lohnsummensteuer eine wichtige Einnahmequelle darstellt.

Die Innovations- und Investitionskraft insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen wird zusätzlich durch erhebliche Mehrausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung sowie für den Umweltschutz gestärkt.

Diese Maßnahmen zur Innovation der Wirtschaftsstruktur sowie die sozialpolitischen Leistungsverbesserungen prägen den Entwurf des Bundeshaushaltes 1979 von 204,6

Milliarden DM. Wegen der zusätzlichen Anstrengungen haben die Haushalte des Bundesministers für Wirtschaft sowie für Forschung und Technologie überdurchschnittliche Zuwachsraten von +19,6 Prozent bzw. +14,1 Prozent bei +8,4 Prozent des Gesamthaushaltes. Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung erhöhen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gegenüber dem bisherigen Finanzplan um insgesamt sieben Milliarden DM. Wir hoffen, daß wir damit dazu beitragen, die Initiativen in der deutschen Wirtschaft zu verstärken, bisher verfolgte Entwicklungslinien zu intensivieren und unsere wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Schwerpunkte der zusätzlichen Ausgaben liegen im Bereich der nichtnuklearen Energieforschung und Energietechnologie, der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und der Weltraum- und Meeresforschung. Den nach wie vor größten Ausgabenblock des Haushaltes 1979 hält der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mit 47,2 Milliarden DM (+9,7 Prozent).

Als Nettokreditaufnahme sind nach der jetzigen Rechnung für 1979 35,6 Milliarden DM vorgesehen. Diese Zahl ist etwas höher als die Summe der Investitionsausgaben von 33,5 Milliarden DM. Eine Verletzung von Artikel 115 GG liegt nicht vor, weil die Überschreitung der Summe der Investitionen um rund zwei Milliarden DM als Beitrag zur Abwehr der Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts in der Welt und in der Bundesrepublik Deutschland geschieht.

Die Bundesregierung hat also zügig im Auftrag des Weltwirtschaftsgipfels gehandelt. Ein gemeinsamer Erfolg der Koalitionsregierung, der ihre Handlungsfähigkeit und ihre Entschlußkraft deutlich werden läßt - wie ich annehme, auch nach außen.

Das Programm wurde gemeinsam erarbeitet, in Koalitionsgesprächen, in Besprechungen mit Vertretern der Gewerkschaften und der unternehmerischen Wirtschaft, in den Kabinettsberatungen, an denen der Bundesbankpräsident sowie 12 Bundestagsabgeordnete der Fraktionen, die unsere Koalitionsregierung tragen, teilnahmen. Die Beschlüsse sind nach dem Urteil aller Beteiligten in sich ausgewogen. Wir haben keinen Zweifel, daß dieses Programm die Zustimmung der Mehrheit des Bundestages finden wird. Oppositionsführer und Ministerpräsidenten der Bundesländer werden sofort über unsere Beschlüsse unterrichtet, weil natürlich die Mitwirkung des Bundesrates dabei von ganz erheblicher Bedeutung ist.

In den kommenden Beratungen sollten nicht isolierte Rechnungen angestellt werden, ob einer ein bißchen mehr erhält als der andere. Das könnte nur für beide zu einem gemeinsamen Schaden führen. Unser Beitrag und die Beiträge unserer Partner in Europa und der Welt, die wir jetzt genauso zügig erwarten, werden sich gegenseitig verstärken. Mit dem Gesamtergebnis können wir alle zufrieden sein. (-/31.7.1978/ks/lo)

+ + +

Wo steht die Deutschlandpolitik heute?

Politik des Ausgleichs vor Gegnern und falschen Freunden in Schutz nehmen

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Die Deutschlandpolitik des Jahres 1978 setzt sich aus einer Vielzahl unterschiedlicher Momente zusammen. Beauftragte beider deutscher Regierungen verhandeln über die Verbesserung der Verkehrswege zwischen Berlin (West) und dem Bundesgebiet. Der amerikanische Präsident bekräftigt seine Verbundenheit mit dem Willen der Deutschen nach Selbstbestimmung. In der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland wird häufiger als in den letzten Jahren vom Willen der Deutschen zur Nation gesprochen. Die Führung der DDR zeigt sich einerseits durch - wie sie es nennt - "Restbestände des Alleinvertretungsanspruchs" irritiert, ist aber andererseits bereit zur Regelung praktischer Fragen. Die Sowjetunion betont die Notwendigkeit guter Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, aber die Situation um Berlin bleibt Quelle täglichen Streits. In der Frage der Menschenrechte klaffen die Standpunkte zwischen Ost und West deutlich auseinander, trotzdem vergrößert sich die Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Frage stellt sich, ob angesichts solcher verschiedener Momente überhaupt eine einheitliche Deutschlandpolitik heute möglich ist. Obwohl niemand eine vernünftige Alternative der Entspannungspolitik auch nur angedeutet hat, gibt es nicht wenige, die über die Fortsetzung des Entspannungsprozesses in unverantwortlicher Weise so spekulieren, als wünschten sie eine Rückkehr zum Kalten Krieg.

Hierbei treffen zwei Strömungen zusammen: Solche, die nie etwas von der Entspannung gehalten haben und sie immer bekämpften, vereinigen sich mit gutgläubigen Idealisten, die sich - ungeachtet tatsächlicher Machtverhältnisse in Europa - ein Entspannungsmodell nach ihren Wünschen gezimmert haben und nun enttäuscht sind über die Zähflüssigkeit und Mühseligkeit eines Ausgleichs zwischen Ost und West.

Beiden Haltung gilt es heute entschiedener als in der Vergangenheit entgegenzutreten. Entspannungspolitik und Deutschlandpolitik sind nicht nur geeignet für Schönwetterperioden, sondern haben ein festes Fundament in der Notwendigkeit, den Frieden zu sichern und die Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Interesse der Menschen zu verbessern. Das Bemühen um Erhaltung des Friedens

und um die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten ist eine viel zu ernste Sache, als daß man dies bloßen Modeströmungen überlassen könnte. Die Substanz der Deutschlandpolitik muß vor ihren Gegnern und vor ihren falschen Freunden in Schutz genommen werden.

Heute ist allerdings nicht mehr die Zeit prinzipieller Veränderungen, sondern des kontinuierlichen Ausbaus eines als richtig und erfolgreich erwiesenen Weges. Einen Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen wird man nur einmal abschließen. Aber auf einem solchen Fundament kann man jahrzehntelang bauen. Und es wird auch heute, und zwar buchstäblich im Wortsinne, gebaut - wenngleich langsamer, als es wünschenswert wäre. Es besteht leider die Tendenz, die Konkretheit der Deutschlandpolitik von heute mit allgemeinen Schlagworten zudecken zu wollen. Sicher ist es zu verurteilen, wenn in Osteuropa Menschenrechte nicht geachtet werden, aber weshalb sollten darunter Projekte und Ziele leiden, an denen wir seit Jahren - und zwar im Interesse der Menschen - arbeiten?

Auch wenn das Erscheinungsbild der Deutschlandpolitik nicht immer einheitlich ist, prinzipiell hat sich am Ost-West-Gegensatz und damit auch am Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten nichts geändert. Deshalb sind die Grundsätze der Deutschlandpolitik nach wie vor gültig: In Kenntnis der Gegensätze und Unterschiede zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik streben wir eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten im Interesse des Friedens und zum Nutzen der Menschen auf dem Verhandlungswege an. Dieses Bemühen muß mit großer Beharrlichkeit und Konstanz fortgesetzt werden. Deutschlandpolitik in diesem Sinne ist eine nationale Notwendigkeit und darf nicht von tagespolitischen Aktualitäten abhängig gemacht werden. Als es vor mehr als 10 Jahren galt, politisches Neuland zu betreten, war die Zeit für prinzipielle Veränderungen geeignet. Heute ist es wichtiger, die neugewonnenen Fundamente mit Ausdauer zu verbessern.

Es ist zwar in gewisser Weise verständlich, daß die prinzipiellen Fragen des Interessenausgleichs stärkere Beachtung finden als die konkreten Maßnahmen, mit denen dieser Interessenausgleich verwirklicht wird. Deshalb ist auch heute für die Deutschlandpolitik große Nüchternheit gefordert. Diese Nüchternheit besagt aber nichts über die Wichtigkeit der vor uns liegenden Aufgaben. Wichtig ist beispielsweise nicht nur ein Abkommen über Berlin, sondern auch eine Einigung über den konkreten Ausbau der Verkehrswege nach Berlin (West). Daran und an vielen anderen Projekten wird zur Zeit gearbeitet. Die Arbeit an der Deutschlandpolitik von heute erfordert nicht nur den Willen zum Interessenausgleich, sondern auch ganz spezielle Fachkenntnisse und deshalb Zeit und die Konzentration auf das Detail - aber sie wird erfolgreich sein. (-/31.7.1978/bgy/10)

Wieder ein Schritt nach "1984"?

Schnüffelpraxis in den Schulen ist unerträglich

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestags-Innenausschusses

Etwa 1943, ich war zehn Jahre alt, hatte ich zufällig gehört, wie meine Mutter mit Freunden abfällig über die Nazis und den Krieg gesprochen hatte. Ich habe nicht vergessen, wie dringend sie mich bat, von all dem kein Wort zu meinen Schulfreunden zu sagen, weil sonst die Polizei sie holen würde. Daran muß ich denken, wenn ich lese, daß der Verfassungsschutz in Bayern seine Arbeit inzwischen auch auf Schulen ausgedehnt hat und ich nicht ausschließen kann, daß dazu auch Schüler angeworben worden sind. Ich ging bisher davon aus, daß die Polizei nur in totalitären Staaten Jugendliche zur gegenseitigen Ausspähung, zur Bespitzelung von Lehrern und Eltern, einsetzt.

Der baden-württembergische Innenminister Späth (CDU) erklärt, es gäbe keine "generelle Überprüfung der Schulen" durch den Verfassungsschutz. Er schließt aber eine Überwachung "im Einzelfall" nicht aus. Ebenso Bundesinnenminister Baum (FDP), der eine "planmäßige Ausspähung" ablehnt, in Ausnahmefällen "Beobachtungen" für zulässig hält. Beide Minister stehen wie ihr bayerischer Kollege im Widerspruch zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Ermittlungen in der Ausbildungs- und Studienzzeit eines jungen Menschen als "schwerlich mit dem im Rechtsstaatsprinzip verankerten Gebot der Verhältnismäßigkeit vereinbar" bezeichnet hat.

Vor wenigen Wochen wurden durch Zufall die "Schnüffelisten" von Organisationen und Zeitschriften bekannt, die der Verfassungsschutz überwacht. Seither wissen wir, wie fahrlässig, dilettantisch die Verfassungsschutzämter arbeiten. Diese Ämter werden nun die Ausnahme- und Einzelfälle bestimmen, in denen sie Jugendliche überwachen und möglicherweise sie zur Überwachung anderer Jugendlicher anwerben.

Wie weit ist es von da bis zur Anwerbung von Jugendlichen zur Bespitzelung von Lehrern und schließlich von Eltern? So treiben wir hin auf "1984", das Jahr, in dem nach George Orwell dann jeder Bürger überwacht wird.

Ich habe in vielen Diskussionen mit kritischen jungen Menschen erklärt, diese Bundesrepublik sei der freiheitlichste Staat in der deutschen Geschichte. Allmählich kommen auch mir da Zweifel,
(-/31.7.1978/hl/lo)

+

+

+